



Presseinformation vom 24. November 2011

Altonaer Politik will Wochenmarkt in Rissen erhalten!

Fraktionen fordern das Bezirksamt zu kurzfristiger Lösung auf

In der vergangenen Woche wurden den Marktbesckern des Rissener Wochenmarktes überraschend nach mehr als fünfzehn Jahren angekündigt, dass ihre Sondernutzung zum Jahresende 2011 erlischt und nicht verlängert wird. Das Bezirksamt hat dies mit einer Pressemitteilung bestätigt.

Die Fraktionen von SPD, GAL, CDU, DIE LINKE und FDP machen mit einem interfraktionellen Antrag in der Bezirksversammlung Altona im November deutlich, dass sie hinter dem Wochenmarkt stehen und diesen ohne Einschränkung in Rissen erhalten wollen.

Dazu **Henrik Strate**, verkehrspolitische Sprecher der SPD-Fraktion und Bezirksabgeordneter aus Rissen: „Der Rissener Wochenmarkt ist eine etablierte und beliebte Institution im Stadtteil und muss erhalten bleiben. Dabei sind sich alle Fraktionen einig! Es ist unverständlich, warum ein Wochenmarkt 15 Jahre an einem Standort ist und jetzt festgestellt wird, dass es sich nicht geht. Man muss sich fragen, warum die Feuerwehr bei Einrichtung des Marktes und der neuen Verkehrsführung in den 1990ern nicht schon Probleme angemeldet hat. Man muss daher auch vermuten, dass die Ortskundigkeit der Einsatzkräfte der Berufsfeuerwehr offenbar nicht so ist, wie sie zu wünschen wäre.“

Dazu **Eva Botzenhart**, stellv. Fraktionsvorsitzende der GAL-Fraktion: „Wir können den Schock verstehen, wenn durch ein Fax die wirtschaftliche Existenz von jetzt auf gleich bedroht wird. Wir verstehen die Empörung gut und werden dafür sorgen, dass der beliebte Rissener Markt eine Perspektive erhält und bleiben kann. Was wir dafür brauchen ist ein wenig Kooperationsbereitschaft bei allen Beteiligten.“

Der von allen politischen Parteien getragene Antrag sieht mehrere Punkte vor:

1. Die Feuerwehr soll ihre im Einsatzleitreechner hinterlegten Anfahrtswege kritisch überprüfen.
2. Das Bezirksamt soll zeitnah Alternativen vorliegen, sofern der bisherige Standort nicht funktioniert. Die Politik hat dazu Vorschläge gemacht.

3. Es braucht dringend einen Ortstermin mit allen Beteiligten, wenn Fakten auf dem Tisch liegen.
4. Der zuständige Fachausschuss wird ständig auf dem aktuellen Stand gehalten.
5. Sofern es keine tragfähige Lösung bis Jahresende gibt, soll der bisherige Standort befristet weitergeführt werden.

Rückfragen

Henrik Strate: 0171/ 750 79 51

Eva Botzenhart: 0179/ 792 99 58